Dann hat man auch noch einen sogenannten Kampfauftrag erteilt, indem man Leute hierher geschickt hat, um mich auszukundschaften. Ich glaube, dies wird wohl eine Sache des Bundesanwalts sein. Die Klarnamen sind mir mittlerweile geläufig. Ich mußte danach nur noch mal die kopierten Akten durcharbeiten. Wenn man als junger Mensch den Einsatz gewagt hat, in der Politik mitzuhelfen – ich bin ja kein Mann, der ein Amt oder irgend etwas angestrebt hat, ich wollte nur ganz einfach mit einen Beitrag leisten –, um dann im nachhinein festzustellen, daß man über Jahre hinweg aus dieser Umklammerung des Kommunismus – das war eine Krake – nicht mehr herausgekommen ist, dann ist das eine fürchterliche Situation.

Aber Sie können sicher sein, daß ich solange über diese Dinge reden werde, wie ich es geistig und körperlich vermag. Dies bin ich den Leuten schuldig, die heute nicht mehr für ihre Sache einstehen und reden können. Ich muß sagen: Ich bin ein bißchen stolz darauf, daß ich Glück gehabt habe und heute vor Ihnen sitzen kann, um Ihnen das zu berichten. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank, Herr Dieter Rieke. Der nächste Redner wäre dann Herr Wolfgang Schollwer.

Wolfgang Schollwer: Ich bin Jahrgang 1922. 1946 trat ich in die LDPD ein. Bis zum Oktober 1950 war ich Mitglied dieser Partei. Dann bin ich nach West-Berlin geflüchtet. Ich kann also nur über die Zeit von Herbst 1946 bis zum Herbst 1950 Zeitzeugenschaft ablegen.

Was hat mich oder viele andere bewogen, in diesen Jahren in die LDPD einzutreten? Dazu kann ich natürlich keine verbindliche Auskunft geben, sondern ich kann nur sagen, was mich selbst und was meine Freunde wahrscheinlich veranlaßt hat, in dieser Partei tätig zu sein.

Zunächst war das die Hoffnung, daß es bald eine Einigung der Vier Mächte in bezug auf Deutschland geben würde. Damals gab es ja noch die Viermächtekonferenzen bzw. die Außenminister- und Regierungskonferenzen, und man konnte sich einfach nicht vorstellen, daß der Zustand, der in den Jahren 1946/47 herrschte, lange andauern würde.

Zweitens ging es – das klingt fast noch illusionärer als das erste – um die Hoffnung, daß die sowjetische Führung auf die Dauer mehr Interesse daran haben würde, zum gesamten deutschen Volk ein gutes Verhältnis zu haben, als sich allein auf die SED zu stützen. Insofern wollten wir als Liberaldemokraten sozusagen bereitstehen, um in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht – später sollte es der sowjetische Partner sein – Deutschland anders zu gestalten, als es die Kommunisten dann getan haben.

Drittens war unsere Bereitschaft für dieses Parteiensystem in der sowjetisch besetzten Zone dadurch bestimmt, daß wir eine gewisse Abneigung gegen das Parteiengezänk hatten, das man im Westen schon wieder feststellen konnte. Wir waren der Meinung, daß die Parteien in einer schwierigen

Zeit zusammenarbeiten müßten, um die Probleme zu lösen, die vor einem standen.

Wenn ich die zweite Hoffnung als besonders illusionär bezeichnet habe, dann möchte ich zu unserer damaligen Rechtfertigung doch ein Beispiel nennen. Im Februar 1949 wurde auf dem Parteitag der Liberaldemokratischen Partei in Eisenach ein Parteiprogramm verabschiedet, das sich dadurch auszeichnete, daß es wirklich noch ein demokratisches und liberales Programm war, welches von der Besatzungsmacht genehmigt wurde. Es gab eigentlich in diesem Parteiprogramm nur wenige Passagen, die man als eine Konzession an die politische Situation von 1949 betrachten konnte. Vielleicht könnte man sogar sagen: Es war eigentlich nur eine Konzession an die Sozialdemokraten, denn wir verlangten damals die Verstaatlichung der Bodenschätze, der Großbetriebe und der Grundstoffindustrie, und wir wünschten eine zweck- und sinnvolle Lenkung der Volkswirtschaft. Das war die Konzession, die die Partei damals in bezug auf den Kurs in der sowjetisch besetzten Zone machte.

In dem halben Jahr bis zum Herbst 1949 – also bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik – war es uns möglich, dieses Programm im ganzen Land zu verbreiten. Das geschah in unzähligen Reden, die wir in Städten, Gemeinden und Kreisen hielten. Darin propagierten wir liberale Politik. Erst mit der Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik und der offiziellen Übernahme der Macht durch die SED in Ostdeutschland wurde dem ein Ende bereitet. Ab Herbst 1949 durfte dieses Programm nicht mehr verkündet werden. Unter dem Zeichen der sowjetischen Besetzung waren für uns noch gewisse Spielräume gegeben.

Wir hatten drei besondere Schwierigkeiten. Erstens ging es um die Einbindung in sogenannte überparteiliche Gremien. Dazu gehörte ja nicht nur die Blockpolitik. Dabei ging es um die Block-Sitzungen, die vom Kreis bis hinauf auf die Zonen-Ebene stattfanden. Vielmehr war es so, daß in steigendem Maße auch noch die Volkskongreßbewegung hinzukam, die dann zur Nationalen Front mutierte. In dieser Volkskongreßbewegung bzw. Nationalen Front waren eine Anzahl von Ausschüssen gebildet worden, in denen auch die LDPD vertreten sein mußte.

Es war so, daß ich vor dieser Zeit – also im Frühjahr 1948 – als LDPD-Kreissekretär in dieses System eingebunden war. Neben den Parteiausschüssen, denen ich selbstverständlich angehören und in denen ich tätig sein mußte, war ich in neun überparteilichen Kommissionen tätig. Sie werden sich vorstellen können, daß da natürlich kaum noch Zeit blieb, sich der eigentlichen Parteiarbeit zu widmen. Das war bewußt so gemacht worden, um die bürgerlichen Parteien an eigener Tätigkeit zu hindern.

Ich komme zur zweiten Schwierigkeit. Obwohl es damals noch keinen Erich Mielke gab, waren doch Spitzel en gros vorhanden. In der Landesleitung, in der ich ab Juni 1948 tätig war, hielten sich zwei Mitarbeiter des sowjetischen

Geheimdienstes auf. Dabei handelte es sich um die Chefsekretärin und um den Generalsekretär – was zweckmäßig war, wie man sich denken kann. Von daher konnte man in der Geschäftsstelle im Grunde genommen kein offenes Wort sprechen. Wenn wir uns über Probleme, die wir in bezug auf die Arbeit bzw. die politische Arbeit hatten, unterhalten wollten, mußten wir ins Freie gehen. In der Geschäftsstelle war das nicht möglich.

Drittens ging es um ein speziell brandenburgisches Problem. Das geteilte Berlin mit seinen Westsektoren und seiner West-Berliner F.D.P. lag inmitten des Landes Brandenburg. Es gab für die sowjetische Führung des Landes Brandenburg nichts Schlimmeres, als Kontakte mit der Schwennicke-F.D.P. zu unterhalten – seien sie auch noch so locker. Das heißt, wir mußten unsere Beziehungen zur F.D.P. im Grunde genommen nach dem Zusammenbruch der Liberalen Partei im Frühjahr 1948 vollkommen aufgeben, wenn wir nicht in den Geruch der Spionage, Sabotage und des Antisowjetismus geraten wollten.

Ein Freund von mir, der durch den sowjetischen Geheimdienst auf mich angesetzt war, um mich auszuspionieren, hatte törichterweise gleichzeitig Kontakte mit West-Berlin aufgenommen, um für West-Berlin tätig zu sein. Er ist zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt worden.

Die Situation der LDPD, um das abschließend zu sagen, in den Jahren von 1946 bis 1950 war – so habe ich das erlebt – von absoluter Machtlosigkeit gekennzeichnet. Natürlich haben wir uns immer etwas vorgemacht. Wir dachten, daß wir etwas bewirken bzw. irgend jemandem helfen könnten. Aber nicht einmal die Parteileitung in Berlin war in der Lage, jemandem zu helfen, der dadurch in Schwierigkeiten geraten war, daß er mit der SED oder mit der Besatzungsmacht Konflikte hatte. Dort ließ man die Sache laufen. Man schüttelte den Kopf, wenn man zu ihnen kam und darum bat, daß sie jemandem aus der Klemme heraushelfen möchten. Schon im Jahre 1948 ist im Zusammenhang mit der großen Berlin-Krise deutlich geworden, daß Schicksal dieser bürgerlichen Parteien nur sein konnte, entweder unterzugehen oder sich der allgemeinen politischen Situation vollständig anzupassen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch Ihnen, Herr Schollwer, ganz herzlichen Dank.- Ich bin froh darüber, daß wir es uns vorgenommen haben, neben Wissenschaftlern auch Zeitzeugen zu hören. Auch Ihre Reaktion hat mir gezeigt, daß dies etwas ungeheuer Wichtiges ist. Dadurch wird es ja eine Geschichte zum Anfassen.

Wir wollen jetzt noch die Berichte der Vertreter der drei eingeladenen Stiftungen hören.

Zunächst erteile ich Frau Dr. Wilms zu einer kurzen biographischen Ergänzung das Wort.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, meine Damen und

Herren!- Ich darf mir erlauben, eine Ergänzung zum Vortrag von Frau Dr. Wolf vorzunehmen. Sie wollte das wohl aus verständlichen Gründen nicht selber vortragen.- Der Landesvorsitzende der CDU Brandenburg, Herr Wolf, ihr Mann, ist 1948 „verunglückt worden". Das muß man wissen, um auch das Gesamtbild zu verstehen, das uns Frau Wolf hier dargestellt hat.

Im übrigen möchte ich für unsere Fraktion sehr, sehr herzlich Dank für die eindrucksvollen Berichte der Dame und der beiden Herren sagen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich glaube, das ist die einhellige Meinung aller. Herzlichen Dank.- Wir fahren jetzt also mit den drei Kurzberichten über „Forschung und Archivaufarbeitung zu den Parteien in der SBZ/DDR 1945 bis 1950" fort. Zunächst hat Frau Wrede-Bouvier von der Friedrich-Ebert-Stiftung das Wort.

Dr. Beatrix Wrede-Bouvier (Friedrich-Ebert-Stiftung): Der Vorsitzende hat gebeten, daß wir uns kurz fassen. Ich will versuchen, das zu tun. Dies könnte mir auch gelingen, weil vieles, was ich sagen wollte, Dieter Rieke ohne zeitlichen Druck als Zeitzeuge hier doch sehr eindringlich formuliert hat.

Ich glaube, es ist nicht nötig zu sagen, daß wissenschaftliche Forschungen an das anschließen, was er vorgetragen hat, und sie abstrahieren es in mancher Hinsicht. Die Plastizität ist also schon gegeben; das Theoretische oder Abstrakte wäre dann der Forschung vorbehalten, die wir teilweise betreiben.

Der Name „Friedrich-Ebert-Stiftung" ist gefallen. Es liegt also nahe, daß es sich in meinem Vortrag vor allem um Aktivitäten der Sozialdemokratie handelt. Drei Sorten von Aktivitäten will ich zu Ihrer Information kurz nennen. Zum einen handelt es sich dabei um Publikationen, die bereits vorliegen. Zweitens geht es um Aktivitäten, die einen größeren Rahmen umfassen und an eine breitere Öffentlichkeit gerichtet sind. Drittens nenne ich laufende Forschungsvorhaben.

Zu den schon vorliegenden Publikationen gehören immer noch Standardpublikationen wie Frank Moraws „Parole der Einheit". Diese Publikation wurde neu aufgelegt. Es gehören Materialien dazu, die anläßlich von Jahrestagen der SED Ende der achtziger Jahre herausgegeben wurden. Weiter nenne ich Erinnerungsbroschüren, die sich mit dem befassen, was Dieter Rieke eben erzählt hat. Außerdem geht es um kleinere Dokumentationen aus den Regionen, etwa über Entnazifizierung in Mecklenburg und die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern. Weiter nenne ich in diesem Zusammenhang eine sehr umfangreiche Studie von Manfred Overesch über Hermann Brill, die gerade auf den Markt gekommen ist. Sie werden sie sicher kennen.

Zweitens sind Vortragsveranstaltungen zu nennen, die sich im weitesten Sinne mit dieser Thematik befassen. Dazu dient auch der Gesprächskreis „Ge-